

1. AfD – eine militaristische Partei (Vortrag und Diskussion). Die VVN-Friedensaktivitäten dagegensetzen, Aufruf zum 3. 10. in Berlin.
2. Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen (Lagebeschreibung)
3. Generationswechsel in der VVN-BdA (über den schwierigen Umgang mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen) Nach dem Buko. Zusammenarbeit der Generationen.
4. Zusatz: Erfahrungen aus unserer Erinnerungsarbeit.

Ulrich Sander in Leer bei der VVN-BdA 5.9.2024

Liebe Freundinnen und Freunde, dies oben sind die drei Themen, die ihr mir gestellt habt. Hier mein Versuch, sie zu beantworten.

Zunächst zitiere ich die Pressemitteilung der VVN-BdA zu den Wahlergebnissen in Thüringen und Sachsen vom 2. 9. 24:

Antifaschistische Organisation und Politik sind nötiger denn je!

(...) Der AfD ist es in Thüringen zum ersten Mal gelungen, als eindeutig faschistisch dominierte Partei stärkste Kraft in einem Bundesland zu werden. In Sachsen belegt sie mit minimalem Abstand zur führenden CDU den zweiten Platz. (...) Die Auswirkungen auf die demokratische Zivilgesellschaft und emanzipatorische Projekte werden zweifellos verheerend sein. Der AfD gelingt unter Führung des Nationalsozialisten Björn Höcke ein entscheidender Schritt zur Macht. (...) Dieser Wahlsieg der AfD kommt nicht überraschend, sondern hat sich über Jahre abgezeichnet. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass es der AfD gelungen ist, den rechten Mythos von der Migration als „Mutter aller Probleme“ ins Zentrum der politischen Debatte zu bringen und sämtliche Themen jenseits der Faktenlage auf den Aspekt der Migration zuzuspitzen. Dies war und ist nur möglich, weil alle relevanten Parteien der Schwerpunktsetzung der AfD folgten. Inhaltlich entsteht in der politischen Arena so ein politischer und rhetorischer Überbietungswettkampf nach rechts. Dieser ist gegen nazistische Parteien logischerweise nicht zu gewinnen.

In den Wahlkämpfen der letzten Monate überwogen eindeutig bundespolitische Themen und die dazugehörigen Forderungen. Lösungsorientierte Ansätze für die sozial- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen kamen in der öffentlichen Debatte nicht zum Tragen. Die ungehemmte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben geht weiter: immer mehr Reiche werden von Millionären zu Milliardären, während immer mehr Menschen kaum noch ihre Miete bezahlen können und Soziales, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur chronisch unterfinanziert sind. Das sichtbare Elend in den Städten wächst. Klimaschutz und Verkehrswende bleiben auf der Strecke.

Statt hier tragfähige Konzepte zu entwickeln, werden seit Jahren rassistische und sozialdarwinistische Ressentiments bedient und dabei bis tief in die Gesellschaft legitimiert. Die weitere Abschottung Europas gegen Menschen auf der Flucht, der schändliche Umgang mit den afghanischen „Ortskräften“, Einführung von Chipkarten statt Bargeld für Geflüchtete oder das Ansinnen von FDP und Union, das sogenannte Bürgergeld (aka Hartz IV) unter das bestehende Existenzminimum zu streichen, sind Ausdruck dessen. Das politische Programm der AfD führt so schon jetzt zur wachsenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, paradoxerweise insbesondere unter ihren Wählerinnen und Wählern.

Spätestens die Resultate in Thüringen und Sachsen zeigen: es lohnt sich für die anderen Parteien nicht, die Menschenfeindlichkeit der AfD zu übernehmen. Diese Strategie kann und wird keine Erfolge liefern. Statt auf Ausgrenzung gegenüber Geflüchteten und Armen zu setzen, müssen alle demokratischen und emanzipatorischen Kräfte Werte der Solidarität und des Humanismus in den Vordergrund stellen. Dem Aufstieg der AfD als parlamentarischer Ausdruck des Faschismus in der BRD muss eine Politik der sozialen

Gerechtigkeit und der Verteidigung der Menschenrechte für alle entgegengesetzt werden.
Die AfD muss auf allen Ebenen bekämpft werden, persönlich, gesellschaftlich, politisch, juristisch!
Macht mit bei Aufstehen gegen Rassismus, unterstützt die Kampagne „AfD-Verbot jetzt!“ und werdet zum nächsten Parteitag der AfD Teil von Widersetzen!

Zu dieser Presseerklärung wurde Kritik geäußert. Sie hat sehr viel mit den unterschiedlichen Erfahrungen in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen und Generationen zu tun. Ich schrieb:

Die einen in der VVN-BdA neigen zu „Unsere Zeit“, die den Antifaschismus aufgegeben hat (zur Zeit), die AfD nicht so schlimm findet, denn sie ist ja für Russland und Frieden. Ich führe dazu einen Leserbriefstreit, in dem ich dauernd aufgefordert werde, mal Argumente für den faschistischen Charakter der AfD zu nennen. Und wenn ich das dann mache, dann wird es nicht gedruckt. Die Schonung der AfD geht so weit, dass Anti-AfD-Massendemos verunglimpft werden.

Die anderen neigen zur LINKEN, deren Führung das eigene antimilitaristische Parteiprogramm (zur Zeit) verneint und einen Wahlkampf weitgehend ohne Antikriegsaussagen führte - denn "unsere " Wähler seien da uneins. Dies auch in der Frage Russland.

Und die VVN-BdA bewegt sich in diesem Spannungsbogen.

Und so sagt die VVN-BdA-Führung nichts zum Krieg und

die sozialistische Wochenzeitung „Unsere Zeit“ sowie von ihr beeinflusste Teile der Friedensbewegung sagt nichts zum Rassismus und Neofaschismus. Ja ist z.T. rechtsoffen.

Es gab doch zwei Gründe für die Wähler, die AfD zu wählen: Fremdenhass und Ablehnung des Krieges (wobei die Wähler in dieser Frage getäuscht wurden, dazu später mehr).

Dann muss man doch auch beide Gründe analysieren.

Ich habe inzwischen den Eindruck, wir scheuen das Thema Krieg wie die Friedensbewegung das Thema Rassismus/Faschismus scheut. Das ist misslich für die VVN-BdA, die sich doch als Friedensbewegung wie Antifa-Bewegung versteht.

Am 02.09.2024 um 13:27 schrieb Ulli Sander zur Presseerklärung des VVN-BdA-Bundesvorstandes:

Frage: Warum wird nicht gesagt, dass die AfD auch von vielen als Friedenspartei angesehen und gewählt wird? Und dass die AfD eben dies nicht ist: eine Friedenspartei. Dazu hat Conny Kerth doch geschrieben und ich habe mich auch angestrengt. Das Thema ist doch wichtig auch wegen der "Rechtsoffenheit".

Dies ist meine Erklärung zum Thema vom 2.9.24: Sie wurde rechtzeitig abgesandt mit der Bitte, sich davon anregen zu lassen, wenn die VVN-BdA-Erklärung verfasst wird. Auch der DKP wurde der Text gesandt:

Die AfD ist eine Kriegspartei

Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen waren drei Parteien mit Positionen gegen den Krieg gegen Russland angetreten: die LINKE, das Bündnis Sahra Wagenknecht und die rechtsextreme Alternative für Deutschland. BSW und AfD stellten sich in der Migrationsfrage auf die Seite der kriegsbefürwortenden Ampel- und Unionsparteien. Die widerliche Messerattacken wurden zur widerlichen Hetze gegen die Migranten und Abbau des Asylrechts mißbraucht, die von Correctiv enthüllten Remigrationspläne wurden popularisiert. Nur die LINKE war zugleich gegen Krieg und gegen Rassismus eingestellt, gegen Krieg nur halbherzig. Diese LINKE ist aber größter Wahlverlierer. In Sachsen unter 5 % aber im Landtag Dank Direktmandaten, in Thüringen stark dezimiert. Die Friedensbewegung und Antifa haben in Thüringen und Sachsen eine sehr schwache parlamentarische Position behalten, wenn auch wackelig. Es ist aber wie immer: In Friedensfragen und Antifa-Positionen sind diese stark, wenn sie als außerparlamentarische Kräfte wirksam sind.

Zu betrachten wäre die AfD und ihre Haltung zu Krieg und Frieden.

Grundätzlich sagte der FIR-Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider dazu (siehe Anhang): "Auch die AfD wettet in unserem Land – gerade in den Landtagswahlen im Osten – öffentlich gegen deutsche Waffenlieferungen. Aber nur wenige nehmen ihre Begründung wahr. Die AfD sieht dadurch die Handlungsfähigkeiten der Bundeswehr in Frage gestellt, für deren Aufrüstung sie selbstverständlich eintritt. Mit Friedenspolitik hat das wahrhaftig nichts zu tun."

Die AfD-Bundestagsfraktion hat laut Junge Freiheit • Nr. 15/23 klargestellt: "Wir stehen fest an der Seite unserer Bundeswehr und setzen uns dafür ein, sie zu stärken." Man habe sich nicht einseitig auf die Seite Russlands geschlagen, sondern vertrete "deutsche Interessen". Die gewaltigen Zahlungen für die Rüstung werden von der AfD unterstützt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird geplant. Der Militarismus schreitet mit dieser AfD voran. Kanonen statt Butter - das will auch die AfD.

Wer nicht oberflächlich an die Sache herangeht, der erkennt: die AfD ist eine Partei des Rassismus und des Neonazismus, und auch Partei des Krieges und des Militarismus. So entnimmt man es dem Militärprogramm des „Arbeitskreises Verteidigung“ der AfD-Bundestagsfraktion. Dem Bericht des AfD-Arbeitskreises der Offiziere ist zu entnehmen: Es wird klar und deutlich formuliert: „Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion strebt eine Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben an.“ Diese Forderung der AfD wurde erfüllt, und zwar mit dem ins Grundgesetz eingefügten Sondervermögen und geplant ist die Beseitigung des Friedensgebotes des Grundgesetzes. Die AfD sagt: „...es darf das jährlich schwankende Budgetrecht des Parlaments nicht dazu führen, dass die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ... zur Disposition steht.“ Das ist eindeutig.

Weiter: „In einer zukünftigen Struktur der Bundeswehr wird die Reserve darüber hinaus stärker mit der territorialen Verteidigung verbunden.“ Weitere Forderungen der AfD: Das Reservekorps der Bundeswehr wird im Grenzschutz eingesetzt. Es unterstützt die Polizei. Seine Stärke soll 50.000 Soldaten betragen. Die Bundeswehr wird im Innern eingesetzt.

Dem Bericht des AfD-Arbeitskreises der Offiziere ist weiter zu entnehmen:

„Jedes Mitglied ... verfügt über einen militärischen oder polizeilichen Hintergrund“. Der Sprecher Rüdiger Lucassen war 34 Jahre lang Berufsoffizier mit Tätigkeiten bei der NATO und im Verteidigungsministerium, seit 2007 ist er Geschäftsführer einer Firma auf dem Gebiet „Ausbildung von militärischen und zivilen Sicherheitsorganen, Streitkräften, Grenzschutz, Polizei“. Auch einer seiner Stellvertreter, Gerold Ott, ist Berufsoffizier, der andere, Christoph Neumann, kommt vom Bundesgrenzschutz. Überhaupt: von den 91 Abgeordneten der AfD im Bundestag sind 14 ehemalige Berufs- oder Zeitsoldaten, das entspricht 15,3 Prozent der Fraktion, in der Mitgliedschaft liegt der Anteil noch knapp 2 Prozent höher. Zum ehemaligen Dreisterne-General der Luftwaffe und AfD-MdB Joachim Wundrak muss man wissen: Er war Kommandeur des Lufteinsatzkommandos in Kalkar und der JAPCC-Denkfabrik der Nato mit eindeutig aggressiven Konzepten.

So äußerte er Anfang März 2022 „In einem Krieg, an dem eine Nuklearmacht wie Russland beteiligt sei, ‚gibt es keine einfache Lösung‘. Der ehemalige Bundeswehr-General befürwortet die gegen Russland verhängten Sanktionen. Er erklärt: vor dem Angriff (Russlands) sei seine Partei gegen Sanktionen gewesen. Damals habe man alles tun wollen, um zu deeskalieren. Jetzt seien Sanktionen jedoch ‚der einzige Hebel, wobei noch nicht klar ist, wie die wirken‘. Die Bundesregierung müsse in jedem Fall darauf achten, dass sich Deutschland damit nicht selbst zu sehr schade.“ (Stern, 2.5.2022)

Es hört und liest sich wie das Lamento bei der Zeitenwende das Militärprogramm der AfD. Doch es wurde bereits 2019 bekannt. Hat man die folgenden Worte sinngemäß dem Kanzler ins Redemanuskript geschrieben? AfD: „Seit vielen Jahren können die deutschen Streitkräfte diesen hoheitlichen Schutzauftrag unseres Landes nicht mehr erfüllen. Die Bundeswehr als Ganzes sei nicht einsatzbereit. Die Verantwortung für diesen Verfassungsbruch tragen nicht die Soldaten der Bundeswehr, die treu ihren Dienst für das Vaterland versehen. Die Schuld verantwortet eine Politik der letzten Jahrzehnte.“

Zur NATO heißt es, es gebe zu ihr „auf absehbare Zeit keine gleichwertige Alternative“, Die „nuklearen Fähigkeiten der Partner“ stellten eine „wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar“ und Deutschland habe „ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative

zur Verfügung steht.“ ... Die Bundeswehr ist Teil einer Jahrhunderte alten Militärtradition. Als ‚Staatsbürger in Uniform‘ haben die Männer und Frauen der Bundeswehr das Recht, ihr soldatisches Selbstverständnis wesentlich mitzubestimmen und weiterzuentwickeln.“ Darüber hinaus seien die „Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten der Bundeswehr ... eine ressortübergreifende Aufgabe“.

Was ist zu tun?

Am 21. September wollen wir im Nato-Stützpunkt Kalkar und am 3. Oktober in Berlin demonstrieren.

Wir fordern in den Aufrufen dazu u.a. dies:

Diplomatie und Verhandeln statt Waffenlieferungen, Hochrüstung und Krieg

Schluss mit dem Krieg gegen Flüchtende. Kein Werben fürs Sterben, keine Hetze gegen das Asylrecht.

Keine neuen Mittelstreckenraketen. Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag, Atomwaffen verschrotten,

Zukunftsperspektiven für die Jugend statt Wehrpflicht

Geld nicht für Waffen – sondern für Bildung, öffentliche Infrastruktur, Wohnen, Klimaschutz und soziale Einrichtungen.

Zu unserer Arbeit bisher und zur aktuellen Antifa- und Friedensbewegung möchte ich ausführen:

Einige historische Erfahrungen unserer Arbeit in NRW

Wenn der Kanzler von einem Tag zum anderen eine „Zeitenwende“ erfindet, die Bundeswehr als total „blank“ ungeheuer vernachlässigt ansieht und ein neuer Verteidigungsminister die Bühne betritt und deutsche „Kriegstüchtigkeit“ verlangt, so folgen sie den Weisungen eines Generalstabes – über den wir recherchierten. Einen solchen sollte es nach den unseligen Erfahrungen bis 1945 nie wieder geben, aber es gibt ihn. Er treibt seit langem wieder sein Unwesen. So konnten wir Bücher mit Dokumenten vorlegen, die aus der die deutsche Militär- und Außenpolitik immer mehr prägenden Generalität und den reaktionärsten Kreisen deutscher Politik stammten.

Deren Ideen und Pläne wurden auf der Tagung von Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und Bundeswehr 1991 in Fürstfeldbrück erörtert, an der ich teilnahm. Tenor: Nach der Beseitigung wesentlicher Folgen des zweiten Weltkrieges, geht es nun um die Überwindung der Folgen des ersten Weltkrieges, und der fing bekanntlich auf dem Balkan an. Die Zerstörung von allem, was nur entfernt an Jugoslawien erinnert, war das Ziel. Dies benannten der ehemalige Militärminister Rupert Scholz (CDU) und hohe Bundeswehroffiziere wie auch Rüstungsmanager. Auch die Mandatierung einer westeuropäischen EU als Militärmacht Europas anstelle der Mandatierung durch den UNO-Sicherheitsrat wurde als Konzept genannt. Was folgte, ist bekannt.

Von Fürstfeldbrück gelangte zunächst ich allein nach Mittenwald auf den Hohen Brendten, dort fanden jahrelang die Treffen der Wehrmachtsgebirgsjäger mit der Gebirgstruppe der Bundeswehr statt. Es waren Gedenkveranstaltungen für die gefallenen Kameraden, nicht für ihre Opfer. Die Opfer waren die Zivilbevölkerung viele Dörfer auf dem Balkan, in Italien und in der Sowjetunion. Die Vereranen hatte dort im Partisanenkampf gehaust und Massenmord begangen. Sie trafen sich in Mittenwald und planten neue große Taten. Zuerst hörte ich zu – mit dem Tonbandgerät unter der Jacke. Dann wurde ich Mitglied des Kameradenkreises und sammelte unter cover Informationen. Diese veröffentlichte ich und half Protestdemonstrationen von Antimilitaristen zu organisieren. So kam es zu einer sehr beachtlichen Aktion der VVN-BdA. Zugleich recherchierte ich in den Reservistenverbänden, die immer mehr Bedeutung erlangten. Meine Mitgliedschaft im Kameradenkreis endete 2008. Ich wurde vor Gericht gestellt, man beschlagnahmte meinen Computer, mein Archiv. (Es gab kein Urteil, aber eine saftige Rechnung für Prozesskosten.) Jedoch: Wir ermittelten 110 mutmaßliche Kriegsverbrecher.

Wir konnte den Kameradenkreis Gebirgstruppe mit Originalzitate als "die Verbindung zwischen den aktiven und nicht aktiven Angehörigen der Gebirgstruppe" bezeichnen. Beim jährlichen Pfingsttreffen auf dem Hohen Brendten lobte sich der Kameradenkreis als Heimat der Gebirgsjäger, die heute "als unsere Truppe in Bosnien an erster Stelle" ihren Auftrag erfüllen und im zweiten Weltkrieg sich "für das Vaterland geopfert" hätten. Die "Niederlage" von 1945 sei "demütigend" gewesen; die Soldaten hätten ihre Pflicht getan und "womöglich" für eine falsche Sache Opfer erbracht.

Ein weiteres Beispiel, das sich auch in VVN-BdA-Veröffentlichungen wiederfindet: Ich nahm im Herbst 1991 in Hahnenklee/ Westharz an einer Propagandakonferenz des Schäuble-Innenministeriums und des Bundesverfassungsschutzes teil, zu der über hundert junge Journalisten aus den „neuen Ländern“ eingeladen worden waren, um auf Linie gebracht zu werden. Die Arbeiten von Verfassungsschutzwissenschaftlern nach dem Strickmuster "rot ist schlimmer als braun, weil noch wirksam" spielten eine große Rolle. Prof. Eckard Jesse, Referent in Hahnenklee, hat in einem Grundsatzartikel in der FAZ vom 28. 8. 91 der Hoffnung der Ultrarechten Ausdruck gegeben: "Vielleicht werden die frühen neunziger Jahre dereinst als eine Inkubationszeit für den Beginn eines 'Anti-Antifaschismus' gelten." Bald danach wurde diesem Begriff von Neonazis mit terroristischen Methoden Nachdruck verliehen. Es begann eine Kampagne zur Abschaffung des Antifaschismus – und dagegen kämpfen wir heftig an. Man denke an den erfolgreichen Kampf um die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA. Die war ihr aberkannt worden wegen ihres angeblichen verfassungsfeindlichen antikapitalistischen Antifaschismus.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Recherchen galt den Verbrechen der Wirtschaft 1933 bis 1945, das heißt ihr Wirken für die Machtübertragung an die Nazis und für ihren ungeheuren Profit, den sie aus der Naziherrschaft und dem Krieg zog. Veröffentlichungen dazu werden als Tabu angesehen. Wir brechen dieses Tabu. Ein großes Problem ist dies: Dort wo diese Verbrechen bisher geschildert wurden, verschwinden sie aus den Gedenkstätten. Dagegen gehen wir an.

Die Welt kann nicht so miserabel sein, wie es scheint, wenn die Schriften von Bert Brecht in ihr existieren. Zum Beispiel:

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut / In der wir untergegangen sind / Gedenkt / Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht / Auch der finsternen Zeit / Der ihr entronnen seid. / Gingen wir doch / Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt / Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.

Oft erschien es uns, als kämen die finsternen Zeiten zurück. Und es herrschte Unrecht und da war keine Empörung. Ab Mitte Januar ist sie nun da, die Empörung. Was seit den Friedenskundgebungen Anfang der 80er nicht mehr denkbar war, ist wieder Realität. Hunderttausendfach geht man wieder auf die Straße. Es herrscht das Aufstehen gegen Rassismus und Unmenschlichkeit, für Demokratie, gegen die AfD.

Ergänzend möchte ich daran erinnern:

Die Leugnung des Holocaust ist strafbar, – und was ist mit einer neuen Vorbereitung eines Holocaust per Remigration? (Bekannt geworden durch Correctiv.) So frage ich. Artikel 16 des Grundgesetzes verbietet es, die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Die Planung von Massendeportationen muss endlich die Justiz beschäftigen. Die Remigrationsplaner gehören eingesperrt! Was ein AfD-Verbot anbelangt, so muss auf Artikel 139 GG Bezug genommen werden: »Die zur ›Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‹ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.« Diese Rechtsvorschriften sind also gültig und müssen im Fall der AfD angewendet werden. Gewiss, ein Verbot der AfD würde faschistische Gesinnung nicht ausmerzen. Es würde jedoch ein Signal setzen zugunsten der hier angeführten antifaschistisch-demokratischen Interpretation der Wurzeln des Grundgesetzes.

Zu meiner Bestürzung finden sich auch aus der Feder linker Autoren ablehnende Berichte zu den großen Manifestationen. Die geheuchelte Zustimmung zu den Kundgebungen durch Politiker der Mitte wird als Zeichen dafür angesehen, dass die ganze Bewegung von oben gesteuert sei. Zu den Einwänden schrieb ich an solche skeptischen Freunde:

Ihr behauptet, die Enthüllung von Correctiv vom Geheimtreffen am 25. November 2023 bedeutete lediglich, es "sollen" Deportationspläne "diskutiert worden" sein. Dort wurde aber wohl nicht nur diskutiert, sondern ganz konkret ein "Masterplan" beschlossen, der nach der Machtübernahme von AfD, Werteunion und neonazistischen Gruppen in Kraft treten soll. Der Vergleich mit der Wannseekonferenz wird von Euch abgelehnt - und dann zitiert ihr Heydrich und Hitler, welche die "Endlösung der Judenfrage" auch nur als "Abschiebungen" darstellten. Eben. Konkretes wird allerdings bereits im NSDAP-Parteiprogramm von 1920 angekündigt: Deutscher Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Zweitens: Es wird die Frage gestellt, warum die Enthüllung so lange liegen blieb, um dann erst im Januar veröffentlicht zu werden? Hätten die Rechercheure sofort Alarm geben sollen, nachdem sie an der Tür gelauscht haben? Verlangt nicht jede Recherche eine gute Nachrecherche?

Ich erinnere an die große Recherche zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1950/1951. An ihr war die VVN beteiligt. Wie war das? Im Buch und Film der DDR zu "Das unsichtbare Visier" (Filmtitel "Wasserschloss") wird es geschildert. Die Himmeroder Tagung der Nazigeneräle vom 4. bis 9. Oktober 1950 war zwar zuvor von Martin Niemöller, dem legendären Pastor und VVN-Aktivist, als mutmaßlich bevorstehend angekündigt worden. Der Inhalt der Geheimtagung der Hitlergeneräle fand jedoch erst zehn

Monate später den Weg in die Presse. Und zwar am 11. August 1951. Man sprach von einem "Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus" (aus: Chronik der Arbeiterbewegung). In dem genannten spannenden Krimi des DDR-Militärverlags aus dem Jahr 1975 wird ausführlich geschildert, wie die Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht geplant wurde, um „unter Führung der USA die Vormachtstellung in Europa“ zu erlangen.

1999 hat dann diese Wehrmacht – nun mit dem Namen Bundeswehr - Belgrad bombardiert und wurde dann weltweit kriegerisch aktiv.. Es ist zu hoffen, dass der Masterplan des "Geheimtreffens rechter Akteure in Potsdam" (jw vom 12.2.24) nie so verwirklicht wird, wie jener des Treffens im Eifelkloster Himmerod. Mögen die Massenproteste, die Ihr "Aufstand der Unanständigen" schimpft (jw vom 7.2.24), noch wachsen, um das Unheil zu verhindern.

Übrigens habe ich im Jahr 2000 die Himmeroder Denkschrift (das Wasserschloss war ein Kloster in der Eifel) wieder entdeckt und mit Hilfe der VVN-BdA veröffentlicht. Sie wurde von der Bundeswehr und den Medien lange unterdrückt.

Martin Niemöller schrieb zu seiner Enthüllung vom 1.10.1950 an den Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU): Was die Generäle planen, stehe im Widerspruch zum Grundgesetz. Diese Generäle haben dann aufgeschrieben: Wir machen nur mit, wenn die Bestrafung ehemaliger SS- und Wehrmachtsangehöriger wegen ihrer Kriegsverbrechen aufhört und diese Männer wieder in die Armee aufgenommen, sie rehabilitiert werden. Adenauer parierte. Nicht ein einziger Wehrmachtssoldat, der zur Bundeswehr kam, wurde wegen seiner Kriegsverbrechen verurteilt.

Die Bundeswehr war und blieb ein Hort der Nazis und Neonazis, die Justiz bewahrte sie vor Ermittlungen und Bestrafung. Niemöller damals „Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht endlich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.“

Der führende evangelische Pastor konnte den führenden Katholiken Adenauer mit diesen Worten nur wenig beeindrucken, aber hunderttausende Christen und Nichtchristen durchaus. Viele hatten im Krieg auf dem Koppelschloss die Worte stehen: Gott mit uns. Nun kämpften sie unter der Losung: Ohne uns. Die VVN blieb dieser Losung immer treu.

*

Nun zum Punkt 3.

Peter Gingold, Widerstandskämpfer und unermüdlicher Mahner, hinterließ uns diese Aussage in seinen Erinnerungen: »1933 wäre verhindert worden, wenn alle Gegner der Nazis ihren Streit untereinander zurückgestellt und gemeinsam gehandelt hätten. Dass dieses gemeinsame Handeln nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern!« (zitiert nach Flugblatt der Gruppe "Kinder des Widerstandes", Oktober 2014)

Ich habe Vorschläge zum Leit Antrag des VVN-BdA-Bundeskongresses gemacht, als da sind:

Die gemeinsame Grundlage unserer Arbeit bildet seit fast 80 Jahren das politische Vermächtnis der Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung, wie es sich insbesondere im Schwur der Häftlinge von Buchenwald nach ihrer Selbstbefreiung ausdrückte: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig." Dieses Vermächtnis halten wir mit unserem politischen Handeln lebendig. Ihren Zukunftsentwurf Antifaschismus formulierten Antifaschist/innen aus der ehemaligen DDR im Jahr 1990 unter der Losung: „Antifaschismus ist Humanismus in Aktion“.

Wir erleben zunehmend wie der Antifaschismus zwar einerseits offiziell immer beschworen wird, andererseits aber auch immer wieder seine wesentlichen Inhalte entsorgt werden. Für die VVN-BdA ist und bleibt der Kampf gegen Faschismus vom Kampf gegen Demokratieabbau, für den akut bedrohten

Weltfrieden und gegen soziale Ungleichheit nicht zu trennen! Denn alarmierend ist, dass heute die Meinungsfreiheit für Antimilitaristen und Verfechter der Völkerfreundschaft bedroht ist, dass Klimaaktivisten eingesperrt werden, Rüstungskonzerne Profite scheffeln wie selten und sie zugleich die Politik bestimmen, dies im Zusammenwirken mit einem Militär, das immer mehr die Regierungspolitik bestimmt, um das Land kriegstüchtig zu machen.

So wie der Kampf gegen den Faschismus im 20. Jahrhundert von Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Positionen geführt wurde, ist er bis heute ein Bündnisprojekt, die VVN-BdA selbst eine Bündnisorganisation. In der VVN war der bewusste und respektvolle Umgang mit unterschiedlichen Positionen, z.B. in Bezug auf die Ziele und Mittel antifaschistischen Engagements oder die Grundlagen und Grenzen von Aktionsbündnissen immer ein Thema, um das gerungen wurde. Aus historischer Erfahrung betonen wir, dass die VVN-BdA sich als überparteiliche Organisation keiner politischen Partei verpflichtet sieht. In ihren Reihen ist Platz für unterschiedliche gesellschaftspolitische und weltanschauliche Positionen, die sich dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands verpflichtet fühlen.

In der VVN-BdA gibt es keine Beschlüsse, die von jedem Einzelnen verpflichtend mitgetragen werden müssen. Doch die Beschlüsse, die von der Vereinigung auf den unterschiedlichen Ebenen mit Mehrheit gefasst werden, bilden die Grundlage der gemeinsamen Arbeit.

Aus der historischen Erfahrung heraus, dass die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land versagt hatten, den Faschismus zu verhindern, weil sie nicht zusammenfanden, folgt für uns die Pflicht, stets um die Gemeinsamkeit aller Antifaschist/innen zu ringen.

Derzeit ist die fortschrittliche Bewegung wieder mit vielen Streitfragen konfrontiert, die sie zu zersplittern drohen. Wir nutzen *daher* unsere Breite, um die inhaltliche Stärkung der Bewegung durch eine offene und kameradschaftliche Diskussion voranzutreiben.

Die VVN-BdA befindet sich in einem intensiven Prozess des Generations- und Strukturwechsels. Der Verlust der Zeitzeug/innengeneration und der Eintritt von zahlreichen neuen Mitgliedern nach dem Angriff auf die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA stellt die Organisation auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Allem voran steht dabei die Herausforderung, das politische Erbe unserer Vereinigung für die jüngeren Generationen wachzuhalten und erfahrbar zu machen. Wir erleben zunehmend, wie der Antifaschismus zwar einerseits offiziell immer beschworen wird, seine wesentlichen Inhalte aber andererseits auch immer wieder entsorgt werden. Für die VVN-BdA ist und bleibt der Kampf gegen Faschismus untrennbar mit dem Kampf gegen Demokratieabbau, Kriegspolitik und soziale Ungleichheit verbunden!

Gleichzeitig geht es um eine bewusste Verjüngung der Leitungsgremien der VVN-BdA auf allen Ebenen, das heißt, um die Weitergabe der Verantwortung für die Arbeit der Vereinigung. Gleichermaßen ist es eine Herausforderung, die Zahl von annähernd 3.000 neuen Mitgliedern seit 2019 mit ihren jeweiligen Fähigkeiten in die praktische Arbeit zu integrieren. Über die Hälfte unserer Mitglieder ist erst in den letzten fünf Jahren in die VVN-BdA eingetreten. Dieser Generationswechsel wird – wie die vorherigen Generationswechsel – zu einem Kulturwandel in der Organisation führen. Es ist überlebenswichtig für das Bestehen und die politische Wirksamkeit der VVN-BdA diesen Prozess zu meistern.

Anders als viele Kräfte im Feld des Antifaschismus sind wir tatsächlich unabhängig – von staatlichen Fördergeldern ebenso wie von der Privatwirtschaft, Parteien, Stiftungen, Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften. Trotz dieser Unabhängigkeit haben wir verbindliche organisatorische Strukturen sowie eigene Medien aufbauen und aufrechterhalten können. Wir sind mit unserer Bundesvereinigung auf Bundesebene, mit unseren Landesvereinigungen in allen Bundesländern und mit unseren Kreis- und Bezirksvereinigungen vielerorts auch lokal und regional präsent. Unsere Gremien sind ehrenamtlich.

Diese Wesensmerkmale machen die VVN-BdA einzigartig und unersetzbar. Gleichzeitig fällt ihr damit angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Rechtsentwicklung eine riesige Verantwortung in Sachen antifaschistischer Arbeit zu. Wir müssen handlungsfähig gegen Neofaschismus und Militarisierung bleiben. Wir haben ansprechbar zu bleiben für die vielen Menschen, die jetzt schon – und in Zukunft verstärkt – nach Orientierung und strukturellem Halt für ihr antifaschistisches und

erinnerungspolitisches Engagement suchen und suchen werden. (...)

Der besondere Charakter der VVN-BdA im Vergleich zu anderen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen und Strukturen ergibt sich aus ihrer Gründungsgeschichte, die auf den Kampf der Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung zurückgeht. *Und dies auch international. Wir ehren die Kämpfer der Antihitlerkoalition, in der die UdSSR die meisten Opfer brachte.*

Unsere Organisation ist Teil der demokratischen Zivilgesellschaft. Unsere Vorstellung einer demokratischen Gesellschaft beruht auf gesellschaftlicher Partizipation und Inklusion sowie auf Mitbestimmung der Gewerkschaften und Tarifbindung. Wir wollen die Verantwortung für die Gesellschaft und das Zusammenleben nicht an die Regierenden abgeben, sondern treten für eine aktive Zivilgesellschaft ein. Im Vermächtnis unserer Kamerad/innen – besonders aus dem Arbeiter/innenwiderstand – treten wir für eine sozial gerechte Welt ein. Wichtige Bündnispartner/innen im Kampf gegen Armut und Schikane sind die Gewerkschaften, die sich für die sozialen und politischen Rechte insbesondere der abhängig Beschäftigten einsetzen und die Sozialverbände, die die Einbeziehung marginalisierter Gruppen in die Gesellschaft fördern, aber auch Netzwerke und Initiativen, die sich gegen Diskriminierung, Ausgrenzung oder andere Formen von gesellschaftlicher Spaltung engagieren. (...)

Diese vielfältigen Aufgaben können wir nur erfolgreich umsetzen, wenn es uns gelingt, möglichst viele Mitglieder in die praktische Arbeit der Organisation zu integrieren und ihre Fähigkeiten und Erfahrungen zu nutzen.

Gleichzeitig geht es weiterhin darum, neue Mitglieder für die VVN-BdA zu gewinnen. Die gesellschaftliche Mobilisierung gegen die AfD und die Rechtsentwicklung bietet dafür gute Voraussetzungen.

Aus der Ansprache U. Schneiders bei „Blumen für Stukenbrock“ 2024

... erleben wir aktuell wieder eine Renaissance des Feindbildes „der Russe“ und die politische Unfähigkeit der Regierung und der überwiegenden Mehrheit der Opposition etwas anderes als Krieg, Waffenlieferung und Eskalation – insbesondere gegen die Russische Föderation – zu denken. Diplomatie scheint aus dem Vorstellungsvermögen der Politik verschwunden zu sein.

(...) Und es bleibt dabei, wenn dieser Ort uns irgendetwas historisch lehren kann, dann, dass es angesichts dieser Verbrechen zur bundesdeutschen Staatsräson gehören muss, mit allen Staaten und Völkern der ehemaligen Sowjetunion ein diplomatisches und friedliches Verhältnis zu entwickeln. Deutsche Panzer und deutsche Raketentechnik auf dem Weg nach Moskau sind eine Ohnmachtserklärung politischer Fähigkeit und müssten eigentlich ein absolutes „No go“ sein, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen. (...)

Mittlerweile müssen wir einen politischen Vormarsch der extremen Rechten in verschiedenen europäischen Staaten konstatieren. In Italien und Ungarn sind offene

Faschisten an der Macht. In Finnland, in baltischen Staaten, den Niederlanden und vor einiger Zeit noch in Polen sind sie Teil der Regierungen. In anderen besitzen sie einen solchen Einfluss auf wahlpolitischer Ebene, dass die Regierungen die politische Agenda

der extremen Rechten in das eigene Handeln aufnimmt, wie in Frankreich, wo in dieser Woche Präsident Macron einen konservativen Premierminister ernannt hat, der von Le Pens Gnaden abhängig sein wird, in Portugal, in Österreich und – und das ist das niederschmetternde Ergebnis der beiden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen – die

deutsche Bundesregierung. Wenn der Bundesregierung und der CDU/CSU als „Antwort auf die AfD“ nur einfällt, die Existenzbedingungen von Flüchtlingen in unserem Land zu verschlechtern, Menschen unter Pauschalverdacht zu stellen und Abschiebungen in Kriegsgebiet entgegen aller völkerrechtlichen Normen durchzusetzen, dann fragt man sich

manchmal, wozu es eigentlich noch einer AfD bedarf.

Selbst in den Medien, die zuvor die AfD hochgeschrieben haben, wird jetzt beklagt, dass alle nur noch über die AfD reden würden. Recht haben sie! Warum redet man nicht über die Entwicklung einer Politik, die die Interessen der Menschen – und dazu gehört auch das

Bedürfnis, in Frieden leben zu wollen – zum Handlungsmaßstab der Politik macht?

(...)

Im Frühjahr dieses Jahres erlebten wir zum ersten Mal seit langer Zeit, dass recht spontan mehrere Millionen Menschen aus Sorge über den Vormarsch der extremen Rechten in allen Teilen unseres Landes – selbst in abgelegenen Landstrichen – auf die Straße gingen. Nein, das war keine „Regierungs-Antifa“, wie sie manchmal denunziert wurde. Das waren besorgte Bürgerinnen und Bürger, Demokraten aus unterschiedlichen

gesellschaftlichen Spektren, zum Teil Menschen, die seit Jahren nicht mehr an Demonstrationen teilgenommen hatten und sehr viele junge Menschen. Diese Aktionen zeigen ein demokratisches Potential in unserer Gesellschaft, das sich erstmals öffentlich artikuliert.

(...) ... erleben wir mit den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr einen deutlichen Zuwachs von extrem rechten Parteien, rassistischen und nationalistischen Tendenzen, sowie einen Demokratieabbau. Denn das ist die Konsequenz des Zuwachses der extremen Rechten in Europa. Es geht denen nicht um mehr Souveränität für Nationalstaaten, sondern um einen autoritären Umbau des heutigen Europas und eine Militarisierung.

Deshalb sind selbst die Kräfte der extremen Rechten nicht gegen den Aufbau einer europäischen Armee, wenn sie denn im nationalen Interesse die Grenzen der „Festung Europa“ schließen. Und die vielbeschworene „Solidarität mit der Ukraine“ hat dort ihre Grenzen, wo aus der Sicht der extremen Rechten die nationalen Interessen betroffen sind. Dabei geht es ihnen überhaupt nicht um „Frieden“, sondern nur darum, ihre nationalen Interessen durchzusetzen.

Und so sehen wir die italienische Faschistin Giorgia Meloni an der Seite der militärischen Unterstützung der Ukraine, weil sie sich davon die finanzielle Unterstützung der EU für italienische Projekte und einen Freibrief für ihren rechten Staatsumbau verspricht. Und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat mehr als einmal gezeigt, dass sie dem zu folgen bereit ist.

Viktor Orbán aus Ungarn spricht sich nicht aus Gründen der Friedenspolitik gegen die Unterstützung der Ukraine aus, sondern weil er aus nationalem Interesse preiswerte russische Gas- und Öllieferungen möchte. Wenn er jetzt erleben muss, dass die EU Ungarn weder gegen die einseitigen ukrainischen Sanktionen unterstützt, noch ihm finanzielle Kompensationen anbietet, lässt ihn das noch massiver gegen EU-Militärhilfen für die Ukraine auftreten. Friedenspolitik ist das jedoch nicht.

In Frankreich wendet sich Marine Le Pen gegen den Vorschlag von Präsident Macron, französische Soldaten in die Ukraine zu entsenden, aber nicht weil sie für Frieden wäre, sondern weil sie meint, dass damit die nationalen Interessen Frankreichs missachtet würden.

Auch die AfD wettert in unserem Land – gerade in den Landtagswahlen im Osten – öffentlich gegen deutsche Waffenlieferungen. Aber nur wenige nehmen ihre Begründung wahr. Die AfD sieht dadurch die Handlungsfähigkeiten der Bundeswehr in Frage gestellt, für deren Aufrüstung sie selbstverständlich eintritt. Mit Friedenspolitik hat das wahrhaftig nichts zu tun.

Und so könnte man die Betrachtung fortsetzen – man würde kein Beispiel finden, wo die extreme Rechte sich für Entspannung und Abrüstung einsetzt. Eine gestärkte Rechte im Europäischen Parlament ist daher eine deutliche Schwächung der Friedenskräfte. Umso lauter müssen außerparlamentarische Stimmen sein, die zeigen, wie viele Menschen sich gegen Militarisierung und Eskalation, für Abrüstung und Entspannungspolitik einsetzen. (...)

© Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR